

Hochschulgesetz . . .

Fortsetzung von Seite 10

denken gegen die vorliegenden Gesetz-entwürfe der Landesregierung:

- Einschränkung der Autonomie und starke staatliche Eingriffsrechte gegenüber den Hochschulen,
- Überformalisierung,
- Aufblähung der Gremien,
- Generalisierung der Wissenschaftsorganisation,
- Zentralistische Festlegung von Studienreformen,
- Eingeschränkter Status der wissenschaftlichen Mitarbeiter,
- Überstrapazierung des Rahmengesetzes, insbesondere bei der Festlegung des Ziels der Neuordnung des Hochschulwesens.

Die einhellige Kritik gegen die ausschließliche Festlegung der integrierten Gesamthochschule als das künftige Ziel der Neuordnung des Hochschulwesens im Land Nordrhein-Westfalen muß die Landesregierung und die Koalitionsfraktion nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion insbesondere zu einer völligen Umkehr ihres Gesetzentwurfes veranlassen. Die Forderungen der Hochschulen nach einer Akzeptanz des Gesetzes durch die Hochschulen sei für die CDU-Fraktion darüber hinaus ein sehr ernstes Argument, das die Koalition zu einer Korrektur zwingen müsse.

Die Koalitionsfraktionen arbeiten nach den Worten ihrer Sprecher Reinhold Trinius (SPD) und Wolfgang Roerich (F.D.P.) auf der Grundlage des Gesetzentwurfes der Landesregierung und des Hochschulrahmengesetzes an den in einem parlamentarischen Beratungsverfahren üblichen Verbesserungen und suchen dabei selbstverständlich auch eine weitere und notwendige Zustimmung der Betroffenen, ohne in eine Abhängigkeit gegenüber Gruppen zu gelangen. Insbesondere zur Gesamthochschule seien unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben worden. Während das Organisationsprinzip der integrierten Gesamthochschule den Gesamthochschulen befürwortet werden sei und die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen zumindest für eine Offenheit in dieser Frage plädiert habe, hätten andere Hochschulen dieses Organisationsmodell abgelehnt. Positive Stellungnahmen lägen auch von den Universitäten Bielefeld, Bochum, Münster z. B. zu dem Anliegen eines Ergänzungs-, Aufbau- und Zusatzstudiums vor, um den Quereinstieg von Berufstätigen in ein Hochschulstudium zu gewährleisten. Bei der Festlegung der Personalstruktur werden nach den Worten der Koalitionssprecher bestimmte bundesgesetzliche Typengebote zu beachten sein; dies schließt aber nicht aus, daß z. B. bei der Festlegung des Hochschulassistenten eine spezifische Eignung z. B. für medizinische und ingenieurwissenschaftliche Fachbereiche geprüft werden müsse. Die Studienreform letztlich sei im übrigen nicht Aufgabe der Hochschulen allein, sondern müsse von den Hochschulen und dem Staat gemeinsam erfüllt werden. Es wird zu überlegen sein, in welcher Weise eine Rückkoppelung zwischen Fachbereichen und Studienreformkommissionen garantiert werden könne, um das fachliche Engagement zu stützen.

Porträt der Woche



Dr. Günter Rinsche (CDU)

Schon als Schüler warb er bei seinen Klassenkameraden für ein vereintes Europa – heute, drei Jahrzehnte später, hat der inzwischen prominente CDU-Politiker die Chance, in das von den Bürgern der neun EG-Länder erstmals direkt gewählte europäische Parlament einzuziehen: Dr. Günter Rinsche (48), Oberbürgermeister der Stadt Hamm und nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter.

Wie so viele seiner Altersgenossen beschäftigte sich damals, kurz nach dem Krieg, auch der junge Rinsche mit der Frage, wie das alles passieren konnte und wie man künftig europäische Bruderkriege und politische Extremismen vermeiden könne. Die Diskussionen in der katholischen Jugendbewegung und mit anderen Gruppen hält der Westfale heute für entscheidend für sein europäisches Engagement. Viele Etappen, viele beruflich wie politisch erfolgreiche, liegen zurück.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Münster, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Studium in Köln, dazwischen Fulbright-Stipendium in den USA. Examen („sehr gut“) als Diplom-Volkswirt und Promotion („magna cum laude“) zum Dr. rer. pol. Wissenschaftlicher Assistent im Institut für Mittelstandsforschung Köln. Leiter der Gruppe „Grundsatzfragen des Mittelstandes“ im NRW-Wirtschaftsministerium. Später mit Sonderaufgaben des damaligen Landesamtes für Forschung beauftragt. Lehrauftrag an der Pädagogischen Hochschule Münster. Herausgeber zahlreicher Publikationen im In- und Ausland. Über die Junge Union kam Rinsche in die Politik und wurde 1956 als jüngster Abgeordneter in den Rat der Stadt Hamm gewählt. Schon 1964 wurde er auch von seinen politischen Gegnern geachtete Christdemokrat Oberbürgermeister und danach dreimal, davon sogar zweimal einstimmig, wiedergewählt. Das Vorstandsmitglied der CDU Westfalen-Lippe gehörte von 1965 bis 1972 dem Bundestag an und zog 1975 in das Düsseldorfer Landparlament ein.

Für den wirtschaftspolitischen Sprecher seiner Fraktion bedeutet der Abschied vom Landtag ein „echter Zielkonflikt“, denn „die Wirtschaftspolitik ist immer ein Hauptaktionsfeld für

mich gewesen“. Im Gegensatz auch zu manchen Parteifreunden hält der engagierte Europäer eine Ämtertrennung für erforderlich. Die europäische Aufgabe sei so vielfältig, daß man neben einem Mandat im Europäischen Parlament keine andere wichtige Aufgabe voll und ganz wahrnehmen könne. So wird der Präsident des Städtetages von Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr auch nicht für das OB-Amt in Hamm kandidieren.

Neben der Dynamisierung der europäischen Einigung und der Demokratisierung der europäischen Einrichtungen sieht der Parlamentarier die Kontaktpflege zwischen den Bürgern und den EG-Institutionen als eine der vorrangigsten Aufgaben an. So will Rinsche, der auf dem aussichtsreichen achten Platz der CDU-Landesliste steht, im Falle seiner Wahl in regelmäßigen Abständen mit den Bürgern in den Städten und Gemeinden des westfälischen Reviers Diskussionsabende abhalten. „Europa braucht ein Wir-Bewußtsein und ein Gemeinschaftsgefühl der Europäer, ein bürgernahes Europa.“ Und ohne die aktive Beteiligung der Gemeinden und Kommunalpolitiker stehe die EG in der Gefahr, „zum bürokratischen Organisationsgehäuse zu erstarren“. Für den liberalen CDU-Politiker gilt es, ein „Europa der Freiheit, der Vielfalt und Partnerschaft“ zu bauen. „Die wirkliche Farbe des Sozialismus ist nicht rot, sondern das eintönige, traurige Grau.“ Eins ist sicher: Für den äußerlich oft kühl-rational erscheinenden, aber ungewöhnlich dynamischen Westfalen trifft die Kritik politischer Spötter nicht zu, daß das EG-Parlament ein Altensitz der Honoratioren wird.

Jochen Juretko